

Brüssel, den 29.9.2015
C(2015) 6590 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 29.9.2015

**über die Einzelmaßnahme für die Republik Guinea zulasten des 11. Europäischen
Entwicklungsfonds**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 29.9.2015

über die Einzelmaßnahme für die Republik Guinea zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds, insbesondere auf Artikel 9,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds, insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Nationale Richtprogramm für die Republik Guinea für den Zeitraum 2014-2020¹ angenommen, in dem unter Punkt 3 folgende Prioritäten festgelegt sind: 1) Wiederherstellung der Staatsgewalt, 2) städtische Abwasserentsorgung und 3) Gesundheit. Außerdem sind flankierende Maßnahmen vorgesehen, einschließlich einer Ausstiegsstrategie im Straßensektor, eines Programms zur Unterstützung des nationalen Anweisungsbefugten und einer Fazilität für technische Zusammenarbeit zur Unterstützung bei der Programmierung, Ausarbeitung und Durchführung der Maßnahmen.
- (2) Die Maßnahme zulasten des 11. EEF² wurde angesichts der Gesundheitskrise des Landes und deren gravierenden Auswirkungen auf die sozioökonomischen Verhältnisse und öffentlichen Finanzen geschaffen. Sie zielt darauf ab, die Regierung bei der Konsolidierung der demokratischen Verhältnisse in Guinea zu unterstützen, insbesondere durch die Unterstützung eines reibungslosen Ablaufs der Präsidentschafts- und Kommunalwahlen und die Stärkung der demokratischen Institutionen.
- (3) Die Maßnahme „Programm zur Unterstützung der Wahlen und demokratischen Institutionen“ zielt darauf ab, die Demokratie in der Republik Guinea durch die Gewährleistung eines optimalen Verlaufs der Präsidentschafts- und Kommunal/Lokalwahlen sowie die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit durch den Aufbau legitimer demokratischer Institutionen zu konsolidieren. Das spezifische Ziel besteht darin, zu einem optimalen Verlauf der Präsidentschafts- und Kommunalwahlen beizutragen, und zwar durch den Ausbau der Kapazitäten der beteiligten Akteure, die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Akteuren, die logistische Unterstützung des Wahlprozesses und die staatsbürgerliche Bildung der Bevölkerung,

¹ Beschluss C(2014)9205 final vom 2.12.2014.

² Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1).

insbesondere der Wähler. Die Maßnahme wird im Wege der indirekten Mittelverwaltung mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und mittels eines Direktzuschusses durchgeführt.

- (4) Es sollte ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission³ erlassen werden, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.
- (5) Es muss ein Arbeitsprogramm für Zuschüsse gemäß den detaillierten Bestimmungen des Artikels 128 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 188 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 angenommen werden. Das Arbeitsprogramm ist diesem Beschluss beigelegt (Anhang 1, Abschnitt 5.4.1).
- (6) Die Kommission sollte den in diesem Beschluss genannten Einrichtungen – vorbehaltlich des Abschlusses einer Übertragungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Der zuständige Anweisungsbefugte hat im Einklang mit Artikel 60 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 sicherzustellen, dass diese Einrichtungen ein Niveau des Schutzes der finanziellen Interessen der Union gewährleisten, das dem für die Verwaltung von Unionsmitteln durch die Kommission erforderlichen Niveau entspricht. Diese Einrichtungen erfüllen die Bedingungen des Artikels 60 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstaben a bis d der Verordnung Nr. 966/2012 und die erforderlichen Aufsichts- und Unterstützungsmaßnahmen wurden getroffen.
- (7) Der zuständige Anweisungsbefugte kann Zuschüsse ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vergeben, sofern die Bedingungen für eine entsprechende Ausnahme nach Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erfüllt sind, der gemäß Artikel 37 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 2015/323 Anwendung findet. Ein Zuschuss wird direkt an das Europäische Zentrum für Wahlunterstützung (ECES) vergeben.
- (8) Die Vergabe eines Zuschusses ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen durch den zuständigen Anweisungsbefugten ist (in Übereinstimmung mit Artikel 190 Absatz 2 der Durchführungsbestimmungen) aufgrund der Krise in dem Land gerechtfertigt. Die Direktvergabe ist auch aufgrund der Dringlichkeit der Unterstützung gerechtfertigt, da die 1. Runde der Präsidentschaftswahlen für den 11. Oktober 2015 vorgesehen ist. Das ECES wurde für die Durchführung des ersten Maßnahmenpakets „Unterstützung der Demokratisierung und der Sensibilisierung der Bürger und Medien“ ausgewählt, da es in Guinea tätig ist, ständigen Kapazitätsaufbau für die Nationalversammlung leistet und über Erfahrung im Bereich der Unterstützung von demokratischen Verfahren und Wahlen verfügt. Sein Netz von schnell verfügbaren Experten und Partnern macht das ECES dank seiner technischen Kompetenzen und fachlichen Kenntnisse zu einem privilegierten Partner.
- (9) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen muss auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.

³ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

- (10) Im Einklang mit Artikel 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 sollte die Kommission definieren, welche Änderungen zu diesem Beschluss nicht substantiell sind, damit derartige Änderungen vom zuständigen Anweisungsbefugten vorgenommen werden können.
- (11) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds, der eingesetzt wurde mit Artikel 8 des Internen Abkommens zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet⁴ –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Annahme der Maßnahme

Der Beschluss über die im Anhang beschriebene Einzelmaßnahme für die Republik Guinea zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds wird genehmigt.

Die Maßnahme besteht aus folgendem Programm:

- Anhang: Programm zur Unterstützung der Wahlen und demokratischen Institutionen in der Republik Guinea (PIED)

Artikel 2

Finanzieller Beitrag

Der Beitrag der Europäischen Union zur Durchführung der in Artikel 1 genannten Maßnahme beläuft sich auf höchstens 14 000 000 EUR zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds.

Die in Absatz 1 genannten Mittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3

Durchführungsmodalitäten

Die Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung werden vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarung der im Anhang genannten Einrichtung übertragen.

Im Abschnitt „Mise en œuvre“ (Durchführung) des Anhangs zu diesem Beschluss sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

Zuschüsse können vom zuständigen Anweisungsbefugten nach Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vergeben werden.

⁴ ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

Artikel 4

Nicht substanzielle Änderungen

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, und kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten nicht als substanziell im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen. Die in diesem Artikel festgelegte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Geschehen zu Brüssel am 29.9.2015

*Für die Kommission
Neven MIMICA
Mitglied der Kommission*